

# PRESSEMITTEILUNG

# SM

## **GFMK verurteilt Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention**

In dieser Woche fand ein digitaler Austausch zwischen den Ländern und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu den Themen Gewalt an Frauen und Schwangerschaftsberatung während der Corona-Pandemie statt. Eingeladen hatten Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und die Vorsitzende der Konferenz der Gleichstellungsministerinnen und -minister der Länder (GFMK), Stefanie Drese.

Schwerin, 26. März 2021

Nummer: 061

Insgesamt liegt in den meisten Bundesländern eine ähnliche Situation vor: es ist kein signifikanter Anstieg bei der Aufnahme in den Frauenschutzhäusern zu verzeichnen. Allerdings bestehen Unterschiede zwischen Flächenländern und Stadtstaaten. Dort sind hohe Belegungszahlen zu verzeichnen.

„Bund und Länder werden die Ursache für dieses Stadt-Land-Gefälle strukturiert untersuchen“, sagte Ministerin Drese nach der Videokonferenz. Zudem seien Dunkelfeldstudien zum Thema „häusliche Gewalt während der Corona-Pandemie“ geplant.

Drese kündigte zwei Anträge Mecklenburg-Vorpommerns zum Thema „Gewalt an Frauen“ auf der GFMK Ende Juni in Rostock an. „Wir wollen die psychosoziale Prozessbegleitung und die beratende Tätigkeit in den Unterstützungseinrichtungen für Betroffene von häuslicher und sexualisierter Gewalt stärken“, sagte Drese.

Ein Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Schwangerschaftsberatung während der Covid-19-Pandemie“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zeigte, dass digitale Angebote sich als krisenfest erwiesen. Frauen im ländlichen Raum konnten dadurch besser erreicht werden. Die GFMK wird sich nun damit befassen, diese Beratungsform aufrechtzuerhalten und dazu eine rechtliche und kommunikative Absicherung zu schaffen.

Ministerium für Soziales,  
Integration und Gleichstellung  
Mecklenburg-Vorpommern  
Werderstraße 124  
19055 Schwerin  
Telefon: 0385 588-9003  
E-Mail: alexander.kujat@sm.mv-regierung.de  
Internet: www.sozial-mv.de

V. i. S. d. P.: Alexander Kujat

Scharf verurteilten Bundesfamilienministerin Giffey und die GFMK den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention.

„Das ist ein fatales Signal an die Frauen in der Türkei und ein schwerwiegender Rückschritt für Menschenrechte“, betonte die GFMK-Vorsitzende Stefanie Drese.

Die Istanbul-Konvention gilt als wichtigstes völkerrechtliches Instrument, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu bekämpfen und den Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten.

